

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



28.Februar 2023

EL SALVADOR: #JUSTICIAPARABEATRIZ

Am 22./23. März 2023 befasst sich der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte mit dem Fall Beatriz. Amnesty International schließt sich der Forderung der Frauenorganisationen nach **#JusticiaParaBeatriz** an. Unterstützen auch Sie die Forderung nach Gerechtigkeit für Beatriz <https://justiciaparabeatriz.org/#firma>.

Hier die Hintergründe, die zum Prozess führten:



<https://twitter.com/AmnistiaOnline/status/1628077098941263891>:

Beatriz, eine junge Salvadorianerin, war 2013 schwanger. Weil diese Schwangerschaft ihr Leben und ihre Gesundheit gefährdete, wollte sie sie beenden und wandte sich an den Staat. Jetzt wird ihr Fall vor dem @CourtIDH verhandelt.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**





En El Salvador, abortar es un delito

Por esa razón, Beatriz tuvo que continuar con un embarazo inviable durante tres meses, **que puso en riesgo su vida y le dejó graves afectaciones físicas y emocionales.**

La interrupción legal solo fue posible después de la presión internacional al Estado salvadoreño, mediante las medidas provisionales de la Corte IDH.

El Estado salvadoreño debe responder por la violación a sus derechos. Súmate a la exigencia de **#JusticiaParaBeatriz:** justiciaparabeatriz.org/#firma

Übersetzung:

In El Salvador ist Schwangerschaftsabbruch ein Verbrechen. Aus diesem Grund musste Beatriz ihre Schwangerschaft mit einem nicht lebensfähigen Kind drei Monate lang fortsetzen, obwohl ihr eigenes Leben dadurch in Gefahr war und es schwere körperliche und emotionale Auswirkungen hatte.

Der legale Schwangerschaftsabbruch wurde nur nach internationalem Druck auf den salvadorianischen Staat aufgrund einer einstweiligen Verfügung durch den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte möglich.

Der salvadorianische Staat muss sich für diese Verletzung ihrer Rechte verantworten. Unterstützen Sie die Forderung nach #JusticiaParaBeatriz mit Ihrer Unterschrift <https://justiciaparabeatriz.org/#firma>

Beatriz' Geschichte

Beatriz war eine junge Frau/Mutter aus einer ländlichen Gegend El Salvadors, die in extremer Armut lebte und an Lupus erkrankt war. Sie forderte von der salvadorianischen Regierung 2013 die Genehmigung, ihre zweite Schwangerschaft abubrechen, nachdem bei ihrem Baby eine Anenzephalie diagnostiziert worden war, eine Fehlbildung, die die Entwicklung des Schädels und des Gehirns verhindert und ein Leben außerhalb des Mutterleibs für das Baby unmöglich gemacht hätte.

Bereits im Jahr davor war Beatriz im Alter von 21 Jahren Mutter geworden. Auch dies war eine Risikoschwangerschaft gewesen mit schwerer Anämie, rheumatoider Arthritis, arteriellem Bluthochdruck, Präeklampsie und Lupus, der sich durch eine Lupusnephropathie verschlimmert hatte. Sie war während der Zeit mehrfach im Krankenhaus behandelt worden. Nach einem Kaiserschnitt kam nach 38 Tagen Krankenhausaufenthalt ihr zu früh geborener Sohn zur Welt.

Als ihr Sohn 9 Monate alt war, wurde Beatriz erneut schwanger. Diesmal war ihr Körper noch weniger in der Lage, die Schwangerschaft auszutragen. Zusätzlich diagnostizierten die Ärzte von Anfang an, dass das Baby missgebildet war und dass es keine Hoffnung auf Leben nach der Geburt gab. Das medizinische Personal war sich einig:



Die Schwangerschaft musste abgebrochen werden, da sich außerdem Beatriz' Gesundheitszustand, der sich bereits durch die erste Schwangerschaft verschlechtert hatte, mit jedem Tag weiter verschlechterte.

Trotz der medizinischen Gutachten, die von Anfang an den Abbruch der Schwangerschaft als sofortige Maßnahme zum Schutz von Beatriz' Leben feststellten, trotz der Forderungen der Gesellschaft und sozialer Organisationen sowie der Begleitung durch Menschenrechtsorganisationen weigerte sich der salvadorianische Staat, den Eingriff zu erlauben. Beatriz war gezwungen, die Schwangerschaft noch fast drei Monate lang fortzusetzen, obwohl das Kind nicht lebensfähig sein würde, um den Preis, dass ihre Gesundheit geschädigt wurde und sie Jahre ihres Lebens verlor.

Nach der Intervention des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs (IAHCR) wurde der salvadorianische Staat schließlich gezwungen, den Schwangerschaftsabbruch am 3. Juni 2013 zu erlauben. Sieben Tage später wurde Beatriz wie gewünscht entbunden.

Beatriz, die Frau, die der Welt die schwerwiegenden Auswirkungen der absoluten Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in El Salvador vor Augen geführt hat, starb am 8. Oktober 2017. Ihr sich aufgrund ihrer Krankheit verschlechternder Gesundheitszustand verschlimmerte sich durch die Folgen eines Verkehrsunfalls; nach ihrer Entlassung hatte sie Atemprobleme und zwei Herzstillstände.

Seitdem führen die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Beatriz während der gesamten Zeit begleiteten, einen Prozess vor dem IACHR gegen den salvadorianischen Staat. Sie wollen Beatriz' Andenken ehren und fordern eine vollständige Wiedergutmachung für den Schaden, der ihrer Familie zugefügt worden war. Sie fordern außerdem Maßnahmen zur Verhinderung solcher Fälle, um sicherzustellen, dass kein Mädchen oder keine Frau gezwungen wird, das zu erleben, was Beatriz durchgemacht hat, sowie die Änderung der rechtlichen Vorschriften, die das Leben von Tausenden salvadorianischen Frauen bedrohen.

Der Kontext

Die Geschichte von Beatriz ist kein Einzelfall

1997 wurde das Strafgesetzbuch von El Salvador reformiert, um Abtreibung zu verbieten. Seitdem werden Frauen, die während einer Schwangerschaft eine medizinische Komplikation erleiden, strafrechtlich verfolgt.

In der Studie **Del Hospital a la Cárcel** (Vom Krankenhaus ins Gefängnis) wurden 181 Fälle erfasst, die zwischen 1998 und 2019 strafrechtlich verfolgt wurden, was eine Aussage über die Auswirkungen der aktuellen kriminalisierenden Gesetzgebung erlaubt. Bis heute hat sich die Zahl der verurteilten Frauen auf 196 erhöht.

Der Fall von Beatriz steht sinnbildlich für die schwerwiegenden Folgen der Kriminalisierung eines Schwangerschaftsabbruchs. Die Kriminalisierung hindert Schwangere daran, rechtzeitig einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, wenn ihr Leben und ihre Gesundheit in Gefahr sind.

Ein legaler und sicherer Schwangerschaftsabbruch ist in El Salvador seit 1998 praktisch nicht mehr möglich. Mit der Reform des Strafgesetzbuchs wurde El Salvador zu einem der letzten Länder der Welt, in denen Abtreibung noch absolut verboten ist. Seitdem sind salvadorianische Frauen gezwungen, Schwangerschaften fortzusetzen, selbst wenn sie das Ergebnis einer Vergewaltigung



sind, selbst wenn ihr Leben oder ihre Gesundheit in Gefahr sind oder wenn bei dem Kind schwere genetische Fehlbildungen diagnostiziert werden, die ein Leben außerhalb des Mutterleibs unmöglich machen. Sie werden im Fall von Früh- oder Totgeburten beschuldigt, Abtreibungen absichtlich herbeigeführt zu haben, auch wenn keine Beweise vorliegen oder die Beweise das Gegenteil belegen.

Seit diesem gesetzlichen Rückschritt hat sich der salvadorianische Staat über internationale Abkommen hinweggesetzt und die Forderungen von Gesundheits- und Menschenrechtsexperten wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und UN Women ignoriert. Diese haben darauf hingewiesen, dass das absolute Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen eine schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte darstellt. Sie forderten die Staaten auf, ihre Rechtsvorschriften zu ändern, um die Kriminalisierung von Abtreibung zu beseitigen, von der Frauen im Allgemeinen betroffen sind, vor allem aber die am wenigsten versorgten, die verletzlichsten und diejenigen, die die geringsten Chancen auf Erfolg haben.

Nach dem geltenden Strafgesetzbuch in El Salvador können Frauen im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs zu bis zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt werden, bei einer Frühgeburt mit Todesfolge oder einer Totgeburt sogar wegen "schwerer Tötung" zu bis zu 50 Jahren. Frauen werden kriminalisiert und inhaftiert, auch wenn sie eine Fehlgeburt erleiden.

Das salvadorianische Gesundheitsministerium (MINSAL) schätzt, dass allein zwischen 2005 und 2008 trotz des absoluten Verbots 20.000 illegale und unsichere Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt wurden. Im Jahr 2011 berichtete die WHO, dass 11 Prozent der Frauen, die in El Salvador illegale Abtreibungen vorgenommen haben, an den Folgen unsicherer Verfahren starben, die illegal und heimlich durchgeführt wurden, ohne die Betreuung durch geschultes Gesundheitspersonal, ohne den Einsatz geeigneter Technologien oder klinischer Hilfsmittel, die weltweit empfohlen und verwendet werden.

Beatriz zeigte der Welt die schwerwiegenden Auswirkungen der absoluten Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in El Salvador auf: Das Verbot betrifft vor allem Frauen, die in prekären Verhältnissen leben; es verstößt gegen den Schutz des Lebens und der Gesundheit von Frauen, Mädchen und Schwangeren; Frauen laufen latent Gefahr, während der Schwangerschaft zu sterben oder wegen medizinischer Komplikationen während der Schwangerschaft oder der Geburt inhaftiert zu werden. Hinzu kommt, dass die Angehörigen der Gesundheitsberufe nicht in der Lage sind, das Leben der Frauen zu retten: Sie haben Angst, die Frauen zu warnen oder bei Risikoschwangerschaften einzugreifen, weil sie ihnen nicht die Möglichkeit eines Abbruchs anbieten können, selbst wenn sie es müssten.

Die Geschichte von Beatriz zeigt, dass es Situationen gibt, in denen die Verweigerung eines Schwangerschaftsabbruchs zur Folter wird und die Rechte der Frauen und ihrer Familien verletzt werden.

Die Geschichte von Beatriz spiegelt die Realität von Millionen von Frauen in Lateinamerika und der Karibik wider.

Beteiligen Sie sich an der Petition für #JusticeForBeatriz!

<https://justiciaparabeatriz.org/#firma>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

